

In: Widerspruch Nr. 35 Nie wieder Krieg (2000), S. 31-52  
 Bücher zum Thema  
 Rezensionen

## Besprechungen

## Bücher zum Thema

Ulrich Albrecht/Paul Schäfer (Hg)  
**Der Kosovo-Krieg.** Fakten/Hintergründe/Alternativen, Köln 1999 (PapyRossa), 226 S., 24,80 DM.

Ein Jahr nach dem Ende des Kosovo-Krieges hat sich an der Lage in der Region wenig geändert: Noch immer leidet der Kosovo unter Unfrieden und Kriegsschäden, seine Zukunft ist weiterhin ungewiß. Deutlich geändert hat sich allerdings der Blickwinkel, aus dem heraus die deutsche Öffentlichkeit den Krieg nun betrachtet. So wurden gerade in jüngster Zeit auf breiter Basis Zweifel an der Stichhaltigkeit der angeblichen Tatsachen laut, mit denen die NATO-Staaten den Luftkrieg gegen Serbien gerechtfertigt hatten. Daß man diese Zweifel auch schon früher hätte haben können, führt das Buch *Der Kosovo-Krieg* noch einmal deutlich vor Augen, das Ulrich Albrecht und Paul Schäfer bereits kurz nach dem Krieg herausgegeben haben.

In insgesamt dreizehn Beiträgen beleuchten verschiedene Autoren, die, wie es im Vorwort heißt, im weiteren Sinne der "Kommunität der Friedensforscher" (7) zuzurechnen sind, das Geschehen des Kosovo-Krieges unter unterschiedlichen Aspekten. In meist sehr gut geschriebenen Aufsätzen mit schlüssiger

Struktur werden dem Leser hier eine Vielzahl von Fakten – wie ja bereits der Untertitel verheißt – über die Vorgeschichte des Krieges, seinen Verlauf sowie seine Folgen und Auswirkungen dargeboten. So analysiert *Norman Paech* den juristischen, also völkerrechtlichen Rahmen der so genannten "humanitären Intervention". *Matthias Z. Karádi* liefert eine differenzierte Darstellung der Rolle der UÇK vor, während und nach dem Kosovo-Krieg. Und *Stefan Goses* Beitrag beeindruckt durch eine Vielzahl von Schätzungen über Kriegs- und Folgekosten des Konfliktes. Als wenig überzeugend erweisen sich allein die Beiträge von *Ulrich Albrecht* und *Gerhard Zwerenz*. Während Albrecht vor allem darauf herumreitet, daß die Bundesregierung ihren eigenen Koalitionsvertrag gebrochen hat – was angesichts des Bruchs von Völkerrecht doch eine etwas kleinkarierte Diskussion zu sein scheint –, fällt Zwerenz mit anklägerischer Polemik und störendem Sarkasmus völlig aus dem angenehmen ernsten Grundtenor des Buches. So erscheinen Bemerkungen wie: "Daß Luftkriege nicht kriegsentscheidend sein können, ist seit Hiroshima widerlegt" (112) eher geschmacklos als einer ernsthaften Diskussion förderlich.

Besonders positiv hervorzuheben ist hingegen ein Beitrag über ein in den Medien wenig reflektiertes Thema, nämlich das Ausmaß der durch den Krieg verursachten Umweltschäden in Jugoslawien. Dem Autor *Knut Krusewitz* gelingt es in seiner Darstellung aufzuzeigen, daß "die NATO völkerrechtswidrig Methoden der ökologischen und Umweltkriegsführung anwendete" (142), und daß dadurch das Leben der Menschen in Jugoslawien und zum Teil auch das in den angrenzenden Staaten auf lange Sicht nachhaltig beeinträchtigt werden wird. Auch *Michael Kalman* nimmt sich in seinem Beitrag eines von den Medien während des Krieges vernachlässigten Bereiches an: der Komplexität. So schildert er sehr differenziert den Konflikt zwischen den Serben und der UÇK. Zugleich beschreibt und kritisiert er die einseitige Darstellung des Geschehens durch die NATO-Staaten, die "als Begründung und Rechtfertigung für ihre Operation ‚Allied Forces‘ ... gegen die Bundesrepublik (BR) Jugoslawien eine klare Unterscheidung zwischen ‚gut‘ und ‚böse‘" (125) benötigt hätten. Völlig außen vor bleiben bei Kalman allerdings die Motive, aufgrund derer die NATO-Staaten überhaupt an einem Eingreifen in diesem Konflikt interessiert waren.

Daß diese durchaus entscheidende Frage in dem Buch nur von ganz wenigen Autoren aufgegriffen wird, ist denn auch – neben den zwei bereits genannten Beiträgen – das einzige größere Manko des über weite Strecken sehr informativen und gut zu lesenden Buches. Einige Anhaltspunkte finden sich zum einen im Beitrag des früheren Jugosla-

wien-Botschafters der DDR *Ralph Hartmann*, der die "schwere Mitschuld" (42) der bundesdeutschen Politik an der Zerstörung Jugoslawiens aufzeigt, zum anderen bei *Elmar Altwater*, der in seinem Beitrag die intellektuelle Rechtfertigung des Krieges durch den Philosophen Jürgen Habermas kritisiert. So nennt Hartmann als Grund für die deutsche Kriegsbeteiligung, daß sich hier den Regierenden die einmalige Chance geboten habe, "die letzten aus der Niederlage Hitlerdeutschlands im Zweiten Weltkrieg herrührenden militärischen Beschränkungen zu überwinden und die Bundesrepublik in eine ‚normale‘ militärische Großmacht zu verwandeln". (51) Altwater nennt als Ziele der US-amerikanischen Kriegsbeteiligung die via Entmachtung von UNO und OSZE mögliche Ausschaltung Rußlands und Chinas aus der Regulierung globaler Konflikte, außerdem geostrategische Interessen sowie die Absicht, Jugoslawien zu "streamlinen" (79).

Eine weitreichende Analyse des Interesses der NATO-Staaten am Kosovo-Krieg findet sich allerdings erst am Schluß des Buches in dem ausgezeichneten Beitrag von *Paul Schäfer*. Der Redakteur der Zeitschrift "Wissenschaft und Frieden" sieht als Ursache der Kriegsführung durch die NATO eine verdeckte zwischen den USA und Europa geführte Auseinandersetzung um die Macht in Europa. Während der Balkan-Konflikt für die Europäer ein – wenn auch nicht bestandener – "Testfall für eine stärker nach außen gerichtete ‚Gestaltungspolitik‘" (222) gewesen sei, versuche die USA, auch nach dem Ende des Kal-

ten Krieges weiterhin in Europa verankert zu bleiben und die Entstehung eines eigenständigen europäischen Machtzentrums zu verhindern. Wer ergründen wolle, warum die USA sich an die Spitze einer Kriegsbewegung um ein so kleines und unbedeutendes Land stelle, müsse geopolitische Dimensionen berücksichtigen, nach denen eine Dominanz auf dem eurasischen Kontinent die Voraussetzung für eine globale Vormachtstellung sei. Schäfer folgert: "Wer die Kriege der Zukunft verhindern will, muß sich der globalen Dominanz der USA widersetzen. Und für eine Zivilmacht Europa eintreten." (225)

*Barbara Galaktionow*

Klaus Bittermann/Thomas Deichmann

**Wie Dr. Josef Fischer lernte, die Bombe zu lieben.** Die Grünen, die SPD, die Nato und der Krieg auf dem Balkan, 1999. (edition Tiamat), kart, 207 S., 30.- DM.

Herausgegeben wurde dieser Sammelband noch während des Kosovokrieges. Die 22 Beiträge haben unterschiedliche Themen zum Inhalt: ein großer Teil widmet sich noch einmal der Vorgeschichte dieses Krieges; ein anderer beschäftigt sich mit der Rolle der Bundesregierung, insbesondere der Grünen, sowie der Rolle, die die NATO und die USA in diesem Konflikt spielten. Einige der Beiträge gehen jedoch auch über diesen aktuellen Konflikt hinaus und erörtern allgemeine Fragen, die in diesem Zusammenhang aufgeworfen wurden.

Liest man die Informationen über die Geschehnisse, die zur gewaltsamen Lösung des Kosovokonflikts geführt haben, im Zusammenhang, so ist man erschüttert und kann nicht mehr recht nachvollziehen, wie die Öffentlichkeit sich über die Vorgänge derart hat täuschen lassen.

Lesenswert ist der Artikel von *Noam Chomsky* über die selektive und verheerende Anwendung des Völkerrechts der Regierung seines Heimatlandes (113 f.), ebenso lesenswert *Mira Behams* Bericht über den Verlauf des Krieges: Chronik eines angeordneten Verbrechens (121 ff.).

Interessant ist der Artikel von *Klaus Bittermann*, der die Frage aufwirft, wie unberechenbar politisches Handeln sich gestaltet, wenn Entscheidungen von einer moralischen, also gesinnungsethischen, Warte aus getroffen werden. (197-203)

Besonders hervorheben möchte ich den Artikel von *Georg Seeßlen* (169 ff.), der besonders die Rolle der Medien in diesem Krieg beleuchtet und aufzeigt, wie eine "Erzählgemeinschaft" für diesen Krieg geschmiedet wurde.

Insgesamt gesehen bietet der Band eine gute Chronik der Geschehnisse, der einen anderen Blickwinkel aufweist, als die Tagespresse und das Fernsehen uns damals gezeigt haben. Die angesprochenen Fragen bei diesem ersten, aber sicherlich nicht letzten Einsatz deutscher Soldaten im Ausland werden uns bestimmt noch länger beschäftigen.

*Sibylle Weicker*

Martin van Creveld

### Die Zukunft des Krieges

München 1998 (Gerling Akademie), 349 S., 58,- DM.

“Der großangelegte konventionelle Krieg ... mag tatsächlich in den letzten Zügen liegen; der Krieg selbst, der Krieg als solcher hingegen, erfreut sich bester Gesundheit und steht kurz vor dem Eintritt in eine neue Epoche.” (18) Mit dieser wenig tröstlichen Behauptung hebt van Creveld an, eben jene “neue Epoche” zu beschreiben und dem Krieg seinen neuen Platz im 21. Jahrhundert zuzuweisen. Beinahe genüßlich geht er die verschiedenen (Abschreckungs-) Strategien der großen Atommächte durch und stellt fest, daß alle diese makabren Szenarien des Weltuntergangs (oder der Vermeidung desselben) kläglich gescheitert sind. Seiner Ansicht nach ist das Geld für Nuklearbewaffnung glatt zum Fenster hinausgeschmissen – die Tatsache, daß sie über Atomwaffen verfügt, hat noch keiner (Mittel-)Macht dazu verholfen, in irgendeinem Konflikt einen nennenswerten Vorteil zu erringen. Auch konventionelle Kriege größeren Ausmaßes werden allein durch das Vorhandensein atomarer Waffen stark gedämpft. Da die Ausweitung des eigenen Territoriums durch den Einsatz von Waffen für völkerrechtswidrig erklärt (und durch die Großmächte verhindert) wird, entfällt einer der Hauptgründe zum Führen eines großangelegten konventionellen Krieges.

Was bleibt, ist der “low intensity war”, ein Konflikt, der durchaus mit großen Opfern und heftigen Kämpfen verbunden sein kann, der jedoch

unter der Schwelle eines großangelegten Krieges bleibt. Für ihn sind die Kolonial(befreiungs)-Kriege ein typisches Beispiel. Diese Art Konflikt bringt es mit sich, daß die schwere Bewaffnung einer Großmacht ihre Wirkung kaum entfalten kann und die Guerillataktik meist den Sieg davonträgt. Demzufolge waren die meisten Konflikte dieser Art schwere Schlappen für die “regulären” Truppen.

Die “trinitarische Gesellschaft” (Volk – Armee – Regierung), die bei Clausewitz die Basis des “klassischen Krieges” war, stellt, wie Creveld hervorhebt, eine Spezialität des aufgeklärten Absolutismus dar, die weder vorher, in feudalen Gesellschaften etwa, zu finden war noch später, in der Moderne, existiert. Demzufolge waren die Kriegsziele und Kriegsführung auch anders geartet. So hatte die Vorstellung eines geschlossenen Staatsgebietes im Mittelalter nicht die überragende Rolle gespielt wie dann bei Clausewitz. Der trinitarische Krieg hingegen wurzelt in der Vorstellung, daß alle Gewalt vom Staat ausgeht – nach innen wie nach außen. Zwar genießen Nichtkombattanten einen gewissen Schutz, jedoch um den Preis völliger Auslieferung an die bewaffnete Macht. Ihnen ist jede Form von Kampfhandlungen untersagt – sogar der Selbstschutz –, und es ist nach dem geltenden Völkerrecht legitim, zu requirieren, d.h. ihnen ihr Eigentum zum Zwecke der weiteren Kriegsführung wegzunehmen. Der “Schutz”, den der (bzw. vor allem *die*) ZivilistIn genießt, ist also höchst fragwürdig und begrenzt.

Speziell im modernen low intensity war haben die Ziele und Instrumente des Krieges nach Creveld eine völlig andere Bedeutung als im konventionellen Krieg. Hier entfällt die Unterscheidung in Soldaten und Zivilisten; für terroristische Organisationen, Guerilleros und Volksmilizen gibt es nur Verbündete (meist "das Volk") und Feinde (meist die jeweiligen sich an der Macht Befindenden). Hier gilt es, den Gegner zu treffen, wo er am empfindlichsten ist, und sich dabei die Sympathie der Bevölkerung (oder zumindest eines Teils) zu erhalten oder zu erwerben. Die Entkolonialisierung in Afrika und Lateinamerika war eines der Ergebnisse vieler low intensity wars; damit jedoch sind, nach der Analyse Crevels, die Konflikte dieser Art längst nicht beendet – was die Realität wohl bestätigt.

Nach Clausewitz sollte der Zweck des Krieges in der Politik liegen, und der Krieg war eben die gewaltsame Durchsetzung der politischen Vorstellungen eines Staates. Hatte die Aufklärung von Montesquieu bis Kant den Krieg noch als eine Verirrung betrachtet, so nimmt Clausewitz einen neuen Standpunkt ein, indem er den Krieg als Bestandteil des politischen Lebens auffaßt. Diese Auffassung, so Creveld, sei eine Erfindung der frühen bürgerlichen Gesellschaft. Im Mittelalter etwa galten andere Vorstellungen von Staat und Gesellschaft, die nicht allein durch die Politik, sondern durch eine "höhere", göttliche Gerechtigkeit determiniert waren. Dort brachen Konflikte aus, wenn Fürsten (nach Meinung anderer Fürsten oder der Kirche) gegen diese Gesetze verstießen, so daß Krie-

ge vor allem im Namen göttlicher Gerechtigkeit geführt wurden. Ein "totaler Krieg" konnte allenfalls gegen Ungläubigen geführt werden – mit denen es jedoch meist auch Abmachungen gab (189ff).

Am wenigsten aber entspricht ein Krieg, der um die "nackte Existenz" einer Bevölkerung geführt wird, den Clausewitzschen Vorstellungen – abgesehen davon, daß er zumindest von der in ihrer Existenz bedrohten Seite ohne jegliche Einschränkung geführt wird, geführt werden muß (211). Am Beispiel des ersten Weltkriegs führt Creveld vor, wie aus einem "klassischen" beschränkten Krieg nach und nach ein grauenvoller Existenzkampf wurde, der so lange alle Ressourcen der beteiligten Gesellschaften fraß, bis eine der Parteien aus Übermüdung aufgab (218).

Zukünftige Kriege werden nach Creveld eher die Form eines low intensity war haben, der die "trinitarische Gesellschaft" aushöhlt und deformiert. Die Gegner werden miteinander vermischt werden, sich innerhalb des gleichen Gebietes bewegen und ihre Schläge gegeneinander führen. Des Weiteren werden sich, wie seit jeher, die Mittel und Strategien der kriegführenden Parteien einander wohl annähern (285). Der Staat wird seine militärische Monopolstellung verlieren und an andere Organisationsformen abgeben. In Teilen der Welt sieht Creveld derartige Prozesse bereits im Gange, etwa in Afrika, der Karibik und Lateinamerika; er vermutet, daß sie sich auch in Asien, im Gebiet der ehemaligen Sowjetunion und vielleicht in China vollziehen wer-

den. Viele der Gruppierungen sind nicht "politisch" im klassischen Sinn; trotzdem führen sie Kriege. Kaum einer der heutigen Konflikte wird tatsächlich zwischen Staaten ausgetragen (allenfalls ist eine der beteiligten Parteien staatlich organisiert). Für Asien und Lateinamerika prognostiziert Creveld, daß deren Konflikte vielleicht in einer Art "Raubrittertum" münden, während in Nordamerika und Europa die Kämpfe möglicherweise nach Art der Assassinen ausgetragen werden (288). Sollten sich die heutigen Staaten nicht wirksam gegen diese Art der Kriegsführung zur Wehr setzen können, um ihr Gewaltmonopol zu erhalten, dann, meint Creveld, werden sie keine große Zukunft haben; sie können dann nicht mehr die Sicherheit des Einzelnen garantieren, die doch ihre Hauptverpflichtung gegenüber der Bevölkerung sei.

Interessanterweise geht Creveld davon aus, daß auch im low intensity war Konventionen eine große Rolle spielen werden. Er verweist darauf, daß Terroristen größten Wert darauf legen, nicht als bloße Verbrecher und Mörder beurteilt zu werden. Es werde bei ihnen immer intensiv diskutiert, welche Opfer tragbar seien. Creveld behauptet, daß jede Streitmacht, die längere Zeit gegen alle Konventionen verstößt, sich selber auflösen wird. Dabei werde man selbstverständlich nicht die Kriegskonventionen des Gegners übernehmen; wer jedoch das Konzept der Regeln prinzipiell in Frage stellt – wie dies nach Meinung Crevelds Clausewitz tat –, wird auf die Dauer nicht "kriegsfähig" bleiben (299).

In künftigen "low intensity-Konflikten" werden Strategien keine so entscheidende Rolle mehr spielen wie in klassischen Kriegen. Die Streitkräfte werden schrumpfen und eher die Form von Polizeitruppen annehmen (303). Teure Waffensysteme werden zunehmend an Bedeutung verlieren, was sich unter anderem auch daran ablesen läßt, wie wenig Wert auf die Geheimhaltung gelegt wird. Ihr Hauptzweck bestehe darin, teuer in andere Länder exportiert zu werden (siehe Türkei), um dort im low intensity war eingesetzt zu werden, für den sie nicht konzipiert wurden. Schwere Waffen moderner Armeen ließen sich, trotz aller Zielgenauigkeit, nicht gegen einen "unsichtbaren" Gegner einsetzen, der von der Zivilbevölkerung nicht unterschieden werden kann. Das aber bedeute nicht, daß kein Fortschritt bei der Waffenentwicklung stattfinden, sondern daß er lediglich in eine andere Richtung gehen werde.

Wofür in Zukunft Krieg geführt werden wird, läßt sich nach Creveld kaum vorhersagen (313). Er äußert jedoch einige Vermutungen: Religion (derzeitige Militanz etwa des Islam), weniger Territorialbesitz als persönliche Interessen der Führer oder Kombattanten (Beute, Ruhm etc., 316f.). Auf die Frage, warum Kriege geführt werden, hat Creveld eigenartige Antworten parat: Als "Spiel mit dem höchsten Einsatz" sei der Krieg "unendlich faszinierend" (319). Und hinsichtlich des Geschlechterverhältnisses im Krieg meint er, Männer würden es nicht für wünschenswert erachten, daß Frauen am Kampf teilnehmen. "Es ist sogar zu befürchten, daß die

Männer, wenn sie jemals die Wahl treffen müßten, möglicherweise eher ihre Frauen aufgeben würden, bevor sie den Krieg aufgeben" (325).

Mit seinen Vorstellungen über die "Zukunft des Krieges" stellt sich Creveld als sehr informierter Militärhistoriker dar, dessen Verhältnis zum Krieg mit all seinen Schrecken ambivalent ist.

*Percy Turtur*

Jürgen Elsässer (Hg)

**Nie wieder Krieg ohne uns.**

Das Kosovo und die neue deutsche Geopolitik. Mit einem unfreiwilligen Vorwort von Joschka Fischer, Hamburg 1999 (KVV konkret), Paperback., 163 S., 22,80 DM.

Der Kosovo-Krieg und die deutsche Haltung dazu werden unter verschiedenen Gesichtspunkten beleuchtet. *J. Elsässer* stellt die Rolle und die Ziele der Regierungen Kohl und Schröder im Zerfallsprozeß Jugoslawiens dar, *Andreas Spannauer* die Wandlungen in der Haltung der Grünen. Die Beiträge von *Klaus Thörner* und *Karl Lorenz* liefern jeweils den geschichtliche Hintergrund für die Konstanten deutscher Balkanpolitik und die Konflikte zwischen den verschiedenen Volksgruppen in Jugoslawien. *Ralf Schröder* analysiert die deutschen und amerikanischen Positionen zur künftigen Entwicklung der NATO und zeigt, daß das Pokern um den Kosovo-Krieg nicht von der Sorge um die Menschenrechte, sondern von den eigenen strategischen Interessen geleitet worden sei. Dem Krieg als

Ausweg aus fundamentalen ökonomischen Widersprüchen des westlichen Wirtschaftssystems ist ein weiterer Artikel Elsässers gewidmet. Der Autor betrachtet in einem dritten Text ethnische Konflikte als Ausdruck eines Megatrends, in dem der Bedeutungsverlust von Nationalstaaten infolge der wirtschaftliche Globalisierung zu einer Rückbesinnung auf ethnische Zugehörigkeiten bei der Identitätsfindung führe.

Damit, wie Feindbilder durch die Berichterstattung in den Medien bedient wurden, befaßt sich *Horst Pankow*. Bei letztgenanntem Text wie auch bei jenem von Spannauer hat man allerdings den Eindruck, daß die Empörung über beobachtete Entwicklungen die Oberhand über die fundierte Darstellung von Fakten gewonnen hat. Ein ungutes Gefühl stellt sich bei manchen Aussagen in den Beiträgen zu den Positionen Deutschlands und der NATO zum Kosovo ein, wenn Aussagen mit dem Verweis auf Zeitungsartikel der letzten Jahre untermauert werden. Sehr interessant gerade vor diesem Hintergrund ist der Aufsatz von *Günther Jacob* "Mit Auschwitz lügen", der sich mit interessengeleiteten Vergleichen und Interpretation historischer Ereignisse auseinandersetzt.

*Jadwiga Adamiak*

Wolfgang Knöbl/Gunnar Schmidt (Hg)

**Die Gegenwart des Krieges.**

Staatliche Gewalt in der Moderne, Frankfurt/Main 2000 (Fischer), 252 S., 26,90 DM.

Den Herausgebern dieses Sammelbandes geht es darum, den Krieg als "nach außen gerichtete, militärische Gewalt ... neben Kapitalismus, Industrialismus und innerstaatlicher Überwachung als ein weiteres Strukturmerkmal der Moderne" (9) zu begreifen. Sie beklagen die Vernachlässigung dieses Faktors in dem die Soziologie beherrschenden Paradigma der Modernisierungstheorie und knüpfen zur Behebung dieses Defizits an die etablierte Kriegs- und Militärsoziologie im angloamerikanischen Raum an. Dabei soll besonders die Frage untersucht werden, was diese Forschung "zur Analyse der Moderne und zur Konzeptualisierung sozialen Wandels" (10) beigetragen hat.

Die Beiträge wurden bis auf drei Artikel bereits publiziert, sind jedoch von den Autoren für diesen Band überarbeitet und aktualisiert worden. Unterteilt wird der Band in vier Sektionen, von denen sich jede einem Hauptthema der Soziologie widmet: dem Nationalstaat, dem sozialen Wandel, der demokratischen Entwicklung und der Modernität, jeweils unter dem Aspekt, daß Kriege hier eine weit größere Rolle spielten und spielen als in der Soziologie bisher angenommen.

Im ersten Beitrag untersucht *Michael Mann* die liberal/marxistische und die militaristische Gesellschaftstheorie auf ihre Aussagekraft und kommt zu dem Schluß, daß das liberal/marxistische Modell "die friedlichen, transnationalen Kräfte des industriellen Kapitalismus idealisiert, die Militaristen hingegen die Macht und den Zusammenhalt von

Nation und Rasse übertrieben" (28) haben. Er zeigt die wechselseitigen Beziehungen der gesellschaftlichen Akteure Staat, Nation und Klasse anhand der jüngeren Geschichte des Krieges auf und meint, daß die Gefährdung des Friedens und die nicht auszuschließende Gefahr von Kriegen hauptsächlich darauf zurückzuführen sei, daß Staaten in geopolitischen Angelegenheiten einen ungeheuren Freiraum besäßen (33) und "Klassen und vor allem Nationen weiterhin auf gefährliche Weise mit Staaten verschränkt sind" (51). Krieg und Gewalt werden seiner Ansicht nach weiterhin eine zentrale Rolle in menschlichen Gesellschaften innehaben.

Mit der zukünftigen Entwicklung der Kriege beschäftigt sich der Beitrag von *Herfried Münkler*. Er geht von der These aus, "Staaten könnten in Zukunft nicht mehr Herren der Kriege sein" (62), wie sie sowohl in der Vorstellung Hans Magnus Enzensbergers vom "molekularen Bürgerkrieg" wie auch in Samuel Huntingtons Szenario vom Konflikt der Zivilisationen zugrundegelegt wird. Wenn auch die gegenwärtige politische Landschaft eine derartige Überlegung noch nicht überzeugend plausibel zu machen versteht, so entfaltet sie doch konträre Konfliktszenarien, "auf deren Folie sich die möglichen Antworten auf die Frage nach der Zukunft des Krieges prinzipiell durchdenken lassen" (61). Erst wenn sich Konfliktparteien nicht mehr verständigen können, "wenn es ihnen nicht mehr möglich ist, nach dem Modell von Eskalation und Moderation Schritte der Gegenseite zu analysieren und eigene Entscheidungen zu treffen"



(71), so Münklers Schlußfolgerung, werden die Szenarien Enzensbergers und Huntingtons als Kriege der Zukunft Wirklichkeit werden.

Der zweite Teil des Bandes geht der Frage nach, welches Gewicht dem Krieg als Mitverursacher des sozialen Wandels gegeben werden kann. *Thea Skocpol* vertritt in ihrem Beitrag die These, "daß viele sozialrevolutionäre Regime einzigartiges Geschick beweisen, wenn es darum geht, die erweiterten Partizipationsmöglichkeiten der Bürger für langwierige Kriegshandlungen zu nutzen" (100). Um diese These zu stützen, analysiert sie einmal die klassischen sozialen Revolutionen, die "imperial-monarchische Staaten transformierten" (79), zum anderen die nationenbildenden Revolutionen des 20. Jahrhunderts. Dabei geht sie unkonventionell vor und widerspricht sowohl der marxistischen wie auch der modernisierungstheoretischen Analyse. Sie gesteht allerdings ein, daß ihr Beitrag eher anregenden Charakter habe und noch viele Fragen offen bleiben. *Heinrich Haferkamp* betont den Krieg "als eigenständigen Ursachenkomplex für soziale Wandlungsprozesse" (104), möchte damit allerdings keine monokausale Theorie gesellschaftlicher Entwicklung liefern, sondern lediglich der bisherigen Vernachlässigung des Krieges in diesem Zusammenhang gegensteuern. So zeigt er auf, wie entscheidend Kriege für die Zentralisierung und damit für die Staatenbildung in der Moderne beigetragen haben. Auch soziale Umstürze und die Beteiligung der Massen an politischen Entscheidungen sind seiner Ansicht nach ohne die Berücksichtigung von Kriegen nicht

zu erklären. Zudem fordert er eine Beschäftigung der Soziologie mit den Kriegsfolgen ein. Diese "könnte nicht nur unser Bild der westlichen Modernisierungsgeschichte in wesentlichen Punkten korrigieren, sondern darüber hinaus auch praktische Relevanz besitzen" (124).

In einem Aufsatz aus dem Jahre 1976 befaßt sich *Morris Janowitz* mit den Folgen der Einführung und späteren Abschaffung von Massenarmeen für die Gesellschaften in Westeuropa und den Vereinigten Staaten. Er meint mit Friedrich Engels, "daß entgegen allem Anschein die demokratisierende Wirkung der allgemeinen Wehrpflicht diejenige des allgemeinen Wahlrechts übertreffe" (127). Mit Hilfe der drei Variablen Technologie und organisatorische Struktur, soziale Schichtung und Professionalisierung der Armeen sowie der normativen Idee des politischen Nationalismus gibt er Aufschluß über die Herausbildung der Volksarmee und ihre Verflechtung mit der Idee der Staatsbürgerschaft. Zugleich erhellt er die Ursachen der gegenwärtigen Ablösung dieser Idee vom Militärdienst. Obwohl der Aufsatz bereits 25 Jahre alt ist, liest er sich auf der Folie der momentanen Debatte zur Bundeswehr sehr spannend. Zur Vertiefung dieser Thesen dient die interessante Darlegung *Manfred Bergs* über den "Zusammenhang von Krieg und Wahlrecht in der amerikanischen Geschichte". Detailliert weist er nach, wie Kriege immer wieder den verschiedenen Gruppierungen innerhalb der Gesellschaft dazu verhalfen, sich ihre Bürgerrechte zu erwerben. Diese gemeinsame Geschichte dürfte jedoch "mit

der endgültigen Sicherung des allgemeinen Wahlrechts und der Einführung einer Freiwilligenarmee an ihr Ende gekommen sein" (173).

Den Abschluß des Bandes bildet eine Debatte zwischen *Hans Joas* und *Edward Tiryakian* über das Ausblenden des Krieges aus dem Hauptparadigma der Soziologie, der Modernisierungstheorie. Joas vertritt, wie andere Autoren dieses Buches, die These, "daß Krieg und Bürgerkrieg die Moderne, wie wir sie kennen, in ihrem innersten Wesen geprägt haben" (190). Damit ergeben sich für die Modernisierungstheorie vier wesentliche Konsequenzen: einmal muß die Vorstellung aufgegeben werden, Modernisierung sei ein gleichlaufender Entwicklungsprozeß in Kultur, Ökonomie und Politik. Zum anderen muß aufgezeigt werden, inwieweit Demokratie zum Maßstab für Fortschritt gemacht werden kann. Desweiteren müsse eine Erklärungshypothese zum sozialen Wandel die internationalen Konstellationen mit berücksichtigen; durch die Einbeziehung des Krieges in die soziologische Theorie werde die Ambivalenz und Brüchigkeit der modernen Kulturen offensichtlich. Tiryakian versucht den Angriff von Joas auf die Soziologie abzuwehren, indem er einmal die Gründe für die Vernachlässigung des Krieges in den soziologischen Theorien aufzudecken sucht und zum anderen darangeht, soziologische Aspekte des modernen Krieges zu untersuchen. So analysiert er die "Modernisierungsleistungen" des Krieges und zeigt interessante Fragestellungen auf, die sich ergeben, wenn der Krieg als soziale Bewegung betrachtet wird. In seiner Antwort kritisiert

Joas den funktionalistischen Ansatz Tiryakians mit dem Hinweis, daß unter diesem Gesichtspunkt viele relevante Fakten nicht erörtert werden können.

Wenn es auch erfreulich ist, daß die Soziologie sich dem Thema Krieg und seiner Relevanz für moderne Gesellschaften zuwendet und die Beiträge sich auch spannend lesen, vermißt man doch Themen, die über eine innersozialogische Debatte hinausreichen. Frau vermißt vor allem Beiträge, in denen sie selbst vorkommt. So gewinnt Frau doch den Eindruck, Krieg und Gewalt seien in erster Linie eine männliche Domäne.

*Sibylle Weicker*

Gabriel Kolko

### **Das Jahrhundert der Kriege**

Frankfurt/Main 1999 (Fischer), 446 S., 48.- DM.

Das Buch des emeritierten Historikers und Politologen Kolko ist in erster Linie ein Geschichtswerk, das das 20. Jahrhundert aus der Perspektive der Kriege, ihrer Ursachen und Folgen, betrachtet. Der Autor geht dabei weniger auf die Kriege selber ein, ihre militärische Organisation und den Verlauf der Auseinandersetzungen, als auf die sozialen und historischen Situationen, in denen sie entstanden sind, und die aus bewaffneten Auseinandersetzungen resultieren. Er versucht zu zeigen, daß Kriege weniger aus außenpolitischen Motiven (Eroberung, Bedrohung durch andere Nationen usw.) entstehen, sondern mehr aus innenpolitischen Verwicklungen der

jeweiligen Herrschenden und deren Interesse, sich die Macht zu sichern und zu erweitern. Demzufolge vertritt er für das 20. Jahrhundert die These, daß die Kriege alle "aus dem Ruder gelaufen" seien, d.h. in ihrem Verlauf und ihren Auswirkungen die Absichten und Planungen ihrer Urheber stets weit hinter sich gelassen hätten. Besonders der I. Weltkrieg hat alle beteiligten Militärs durch seine Entwicklung zum langwierigen, opferreichen Grabenkampf überrascht, der die beteiligten Nationen buchstäblich aushungerte. Das hat letzten Endes in einer Reihe von Nationen (Deutschland, Österreich, Italien, Rußland...) zu gesellschaftlichen Umbrüchen und Revolutionen geführt und die bisher herrschenden Eliten nachhaltig aus ihren Positionen verdrängt. Für den II. Weltkrieg ist vielleicht anzumerken, daß Kolkos These, Hitler habe lediglich kurze Eroberungsfeldzüge im Osten Europas geplant, nicht unumstritten ist. Meistens wird eher angenommen, daß er den "großen Feuersturm" in Europa ganz bewußt entfacht hat (allerdings in der wahnhaften Hoffnung auf den "Endsieg").

Besonders interessant ist Kolkos Blick auf die wechselnden Machtverhältnisse: Er betrachtet das 20. Jahrhundert im Spannungsverhältnis von Konservativen, die militant für ihre veralteten Ideale kämpfen, einer neuen Rechten (Nationalsozialismus, Faschismus) und der Linken, die sich in Osteuropa durchsetzen konnte.

Auch für die Konflikte in Südostasien, gipfelnd im Vietnamkrieg, macht er völlige politische und auch

militärische Fehleinschätzungen der amerikanischen Regierung verantwortlich. Das Scheitern dieser Engagements ließ die amerikanische Politik völlig ratlos zurück. Nach Kolkos Einschätzung dauert diese Ratlosigkeit bis heute an. Eine Doktrin des "low intensity conflict" hat sich vor allem auch deshalb nicht bewährt, weil die amerikanische Politik weder imstande war und ist, festzulegen, wer überhaupt ein zuverlässiger und zu unterstützender außenpolitischer Partner ist, noch, wie genau die militärische Gewalt sinn- und wirkungsvoll zu dosieren sei. Als Belege nennt Kolkos Somalia und den Golfkrieg gegen den Irak, der zuvor als Verbündeter gegen den Iran gegolten hatte. Trotzdem seien die "USA aufgrund ihrer besonderen Interessen wohl außerstande, den einmal eingeschlagenen Weg der Gewalt wieder zu verlassen" (378). Ein weiterer Beleg könnte der Kosovo-Konflikt sein, der – abgesehen von jeder Menge Trümmern – Stoff für jahrzehntelange neue Konflikte hinterlassen hat (Anm. des Rezensenten: das Buch erschien im amerikanischen Original bereits 1994).

Als die beiden Grundprobleme zur Jahrtausendwende bezeichnet Kolkos zum einen die Tatsache, daß auch ohne Unterstützung durch die Sowjetunion es in vielen Teilen der Welt ständig zu neuen Revolutionen und Aufständen kommt, denen die militärischen Strategien der westlichen Welt bislang in keiner Weise gewachsen sind. Zum anderen könnten die "klassischen" Konflikte zwischen den USA, den europäischen und den asiatischen Ländern erneut

ausbrechen, da der große gemeinsame Gegner des Sozialismus fehlt. Als Bilanz stellt Kolko fest, daß die furchtbaren Kriege des 20. Jahrhunderts aus allen möglichen Motiven, darunter Machterhalt und -erweiterung, Profitstreben usw. angezettelt wurden, wobei die Wirklichkeit alle Planung über den Haufen geworfen hat und alle Konflikte im tatsächlichen Ausmaß viel verheerender waren als in der Planung vorgesehen. Als einzige Möglichkeit für einen Ausweg aus diesem Problem sieht er, sich auf die Seite der Opfer zu schlagen. Dementsprechend konzentriert sich für ihn die Hoffnung auf einen neuen Sozialismus, der aus den Fehlern des alten, vergangenen lernt und das Verhältnis von gesellschaftlicher und individueller Verantwortung neu definiert. Die wildwüchsige kapitalistische Welt(un-)ordnung kommt als Friedensordnung nicht in Betracht; denn "für den Kapitalismus ist der Krieg lediglich Erweiterung des Marktes mit anderen Mitteln" (387).

Das Buch wirft ein etwas anderes Licht auf die geschichtliche Entwicklung im 20. Jahrhundert und ist gut lesbar – ein "Sachbuch" im besten Sinne des Wortes, das nicht zu viel voraussetzt.

*Percy Turtur*

Reinhard Merkel (Hg)

**Der Kosovo-Krieg und das Völkerrecht**, Frankfurt/Main 2000 (Suhrkamp), 254 S., 19.90 DM.

Der Herausgeber hat in dem Band eine Reihe von Artikeln und Auf-

sätzen zusammengestellt, die die öffentliche Diskussion in Deutschland über den ersten Kriegseinsatz der Bundeswehr mitgeprägt haben. Zwar läßt Merkels Zusammenstellung keinen Leitfaden – weder einen zeitlichen noch einen thematischen – erkennen, aber die durchaus repräsentative Auswahl der Beiträge erlaubt einen Einblick in die Rolle, die führende Intellektuelle bei der öffentlichen Meinungsbildung in Deutschland gespielt haben. War das Faktum der Wiedervereinigung Deutschlands gleichsam die Probe auf den Nationalismus und auf die mögliche Wiedergeburt "deutscher Traditionen", so kann Deutschlands Kriegseintritt als die Nagelprobe der Intellektuellen auf den "NATOismus" und die "westliche Wertegemeinschaft" verstanden werden. "Mit dem ersten Kampfeinsatz der Bundeswehr", markiert *Jürgen Habermas* diesen Einschnitt, "ging die lange Periode einer Zurückhaltung zu Ende, die sich den zivilen Zügen der deutschen Nachkriegsmentalität eingeprägt hat. Es ist Krieg." (51)

Der Band beginnt eindrucksvoll mit der hellsichtigen Warnung des Münchner Völkerrechtler *B. Simma*, die er schon vor Beginn des NATO-Bombardements erhoben hatte: "Es ist beunruhigend zu beobachten, wie sich das Verhältnis zwischen UN und NATO innerhalb weniger Jahre verändert hat." (48) Er zeigt in seiner Darstellung des Verlaufs, daß aus der 1994 bekundeten Bereitschaft, mit den Vereinten Nationen "unter der Autorität des Sicherheitsrates" zusammenzuarbeiten, "daraus nun Einsätze anstelle der UN *ohne* eine solche Ermächtigung geworden (sind) ... Eine

solche Entwicklung wäre beklagenswert.“ (48)

Beunruhigend und beklagenswert ist, daß die meisten anderen Beiträge diese Beunruhigung nicht spüren lassen. All die Autoren, die auf der Basis ethisch-moralischer Prinzipien argumentieren, zielen über ein *Recht* zum Krieg hinaus auf die Begründung einer moralischen *Pflicht* zum Krieg. Wenngleich bei Habermas diese Pflicht geschichtsphilosophisch in objektivierender Sprache verpackt ist, so ist doch sein entscheidender Satz: “Wenn es gar nicht anders geht, *müssen* demokratische Nachbarn zur völkerrechtlich legitimierte Nothilfe eilen dürfen.” (63f.; H.v.m.). Dieter Senghaas (Recht auf Nothilfe), Knut Ipsen (Der Kosovo-Einsatz – Illegal? Gerechtfertigt? Entschuldigbar?) oder Otfried Höffe (Humanitäre Intervention? Rechtsethische Überlegungen) verschanzten sich dabei hinter ihren Interpretationen der sogenannten “neueren Tendenzen” im Völkerrecht, die “humanitäre Interventionen” gestatten oder gar dazu verpflichten würden. (Erfreulicherweise rückt der Berliner Jurist Ulrich K. Preuß diese Interpretationen in seinem Beitrag “Der Kosovo-Krieg, das Völkerrecht und die Moral” zurecht: “... im Kosovo handelt es sich nicht um eine UN-Aktion, sondern um die einseitige militärische Intervention eines Staatenbündnisses. Deren völkerrechtliche Zulässigkeit wird in der Völkerrechtswissenschaft ganz überwiegend verneint.” (128; mit Literaturangaben)). Was bei so viel wohlbegründetem Willen zum Krieg der Textsammlung da noch fehlt, ist der früher so beliebte “Aufruf an die deutsche Jugend”, ihrer Be-

stimmung nachzukommen, für das moralisch Gebotene die Kampfjets zu besteigen.

Nun scheint dem zu widersprechen, daß in keinem der Beiträge irgendeine Kriegsbegeisterung aufkommt. Habermas stellt zu Recht fest, daß in der deutschen Öffentlichkeit glücklicherweise “die dumpfen Töne” fehlen: “Befürworter wie Gegner des Einsatzes bedienen sich einer glasklaren normativen Sprache.” (51) Und in dieser glasklaren normativen Sprache wird nicht nur die Pflicht zum Krieg begründet, sondern werden auch die mannigfachen Bedenken und Einwände gegen diesen, den Kosovo-Krieg vorgetragen. In Übereinstimmung mit klugen Militärs wie Schmückle oder konservativen Politikern wie Schäuble formulieren vor allem Habermas, Georg Meggle und Reinhard Merkel ihre Zweifel an der Klugheit der Akteure, an der Zweck- und Verhältnismäßigkeit der Militärschläge sowie an der Eindeutigkeit der politischen Zielsetzung. Während ersterer daraus schließt, daß die Selbstermächtigung der NATO “nicht zum Regelfall werden” darf (65), zieht Meggle das Fazit, daß die Art der Kriegsführung “von Tag zu Tag weniger” moralisch gerechtfertigt sei (158), und Merkel veranlassen diese Einwände zu dem Aufschrei: “Dieser Krieg ist illegal, illegitim und, unbeschadet seiner hohen moralischen Zielsetzung, moralisch verwerflich.” (67)

In ihrer glasklaren Sprache haben sie sich in dem Widerspruch veranrannt, zwar normativ die moralische *Pflicht* zum Krieg zu begründen, den Krieg *selbst* aber, ebenso normativ,

entschieden abzulehnen. Meggle bringt ihn auf den Punkt: Intervention: ja; Durchführung: nein. Und während es so scheint, als suchten sie nach dem Ausweg in der Konstruktion einer auch moralisch legitimierbaren Kriegsführung oder sonnten sich im erhabenen Gefühl tragischer Unauflöslichkeit, konstatiert *Wolfgang Kersting* in seinem Beitrag trocken: "das Problem menschenrechtlich legitimierter militärischer Interventionen (ist) praktisch nahezu unlösbar." (190) Dieser Interventionismus "wird an dem Kriterium der Vermeidung von ‚Kollateral-Tötungen‘ scheitern müssen." (225)

Auf die Ursache dieser Aporie verweist *Ulrich Preuß*, wenn er feststellt: "Die Gefahr der Selbst- und der Fremdtäuschung ist bekanntlich in Bündnissen, die die Moral mit der Gewalt eingeht, besonders groß." (136) Er sieht in dieser moralischen Handlungsermächtigung die "Wiederkehr der Idee des gerechten Krieges" aufscheinen, die eben mehr verlangt "als nur die subjektive Gewißheit für eine moralisch gerechte Sache zu kämpfen." (ebd.) Fragt man nach diesem "Mehr", so stellt man fest: es fehlen sowohl eine argumentativ saubere Begründung für die behauptete Pflicht zur humanitären Intervention als auch Argumente, die den Kriegsanlaß verifizieren.

So wird die moralische Pflicht zur Intervention in all den Fällen, wo sie begründet wird, durch Rekurs auf das – zudem umstrittene – Faktum völkerrechtlicher Grundsätze begründet. Doch jeder Ethiker weiß, daß vom Sein nicht auf das Sollen

geschlossen werden kann, daß ein gegebenes Recht keine moralische Pflicht begründet. Ein solcher "naturalistischer Fehlschluß" ist klar, – und doch wird er dauernd begangen. Meggle nennt diese ‚Begründungsverfahren‘ zu Recht eine bloß "apologetische Völkerrechtsexegese", die nichts über die Güte des moralischen Arguments aussagt, sondern die Gesinnung derer bekundet, die sie in Übereinstimmung mit dem "Geist" des Völkerrechts zu bringen trachten. Meggle selbst verwirft dies Verfahren; statt dessen behauptet er einfach, es gebe eine Pflicht zur Nothilfe. Es sei eine richtige moralische Prämisse: "Wenn man ein zweites Auschwitz verhindern kann, dann muß man es auch verhindern." (142; H.v.m.) Würde man hier über die "subjektive Gewißheit" dieses Müssens nach einer philosophisch angemessenen Begründung suchen, so träten doch recht bald die Prämissen zutage, die wohl entweder religiöser Natur sind oder gewisse, neuzeitlich-westliche Anthropologien beinhalten, die ihrer Partikularität wegen kein allgemeinverbindliches "Müssen" begründen. All das weiß man; und doch wird es nicht ausgesprochen. Man verschanzt sich hinter Plausibilitäten oder moralisch irrelevanten Fakten. Diese Ebene der Begründung wird in den Beiträgen schlicht ausgespart.

Zweitens fehlt die Auseinandersetzung mit dem Problem des Anlasses des Krieges. Zwar gehen alle Beiträge davon aus, daß die moralische Pflicht zum Krieg nicht unbedingt sei, sondern daß sie von ganz bestimmten Umständen abhängt; dennoch setzen alle Beiträge diskussionslos als Prämisse voraus, daß die

konkrete Lage im Kosovo, die die Intervention veranlaßt habe, so war, daß sie sie rechtfertige. Fragt man aber nach den Begriffen, die diese Lage kennzeichnen, so werden einem merkwürdige Beschreibungen angeboten: Habermas schreibt von "erschütternden Bildern von den Vertriebenentrecks" und von den "niederdrückenden Szenen aus den Flüchtlingslagern" (54), – und doch vermutet man, daß er wohl nicht seinen Seelenzustand im Angesicht der "Tagesschau" zum hinreichenden Beleg für den Kriegseinsatz machen will. Höffe erklärt kurz und bündig: "Gehen wir davon aus, daß ..." oder: "*Vorausgesetzt*, daß im Kosovo über lange Zeit vornehmlich Albaner die Opfer des massiven Unrechts, Serben aber die Täter waren, ..." (171) Meggle nennt zwar deutlich das Problem, wenn er als Interventionsanlaß "massive Verbrechen gegen die Menschlichkeit" anführt, sich dann aber die "Qual der Verifikation" (147) im konkreten Fall einfach erspart. Dennoch behauptet er, diese Intervention sei "notwendig" gewesen (wenngleich nicht auf die Weise, in der sie durchgeführt wurde). Nehmen wir nun an, daß diese "Qual der Verifikation" den Unterschied zwischen einem Diskurs der Gelehrten in Sachen politischer Ethik und der tatsächlichen Kriegshandlung markiert, dann muß es überraschen, wie leichtfertig diesem Problem ausgewichen wird. Dabei geht es weniger um die begriffliche Klärung von Ausdrücken wie "niederdrückende Szenen" oder "massive Verbrechen", als vielmehr um Fragen wie: Wer verfügt über die Veröffentlichung und die mediale Ver-

mittlung des empirisch-relevanten Material? Wie läßt sich die Differenz zwischen der unvermeidlichen Konstruktion dieser Realität und ihr selbst überwinden? Welche Folgen hat es für solche Art moralischer Diskurse, wenn sich die Berichte über Pläne über Völkermord oder -vertreibungen als Inszenierungen herausstellen? Welche Institution sollte festlegen, was Fakt ist: das NATO-Hauptquartier oder doch besser das UN-Generalsekretariat? Diese erkenntnistheoretische Dimension, die sowohl die völkerrechtliche als auch ethische Debatte über die Legitimität des Kosovo-Krieges als notwendig voraussetzt, ist vollkommen ausgeblendet.

Nach den vielen Beiträgen ist *Ulrich Beck's* abschließender Artikel "Über den postnationalen Krieg" fast erfrischend, der ohne jeden moralischen Ingrimm zynisch-heiter die historische Problemlage beschreibt und auf die durch die Globalisierung entstandene neue Lage verweist, in der Kriege wieder die Formen des Zuges unter dem Kreuz annehmen können. Vermißt habe ich allerdings in dieser dokumentierten Debatte ein Plädoyer für die alte Weisheit, daß Kriege noch nie etwas gebracht haben.

*Alexander von Pechmann*

#### Klaus-Dieter Schwarz **Weltmacht USA.**

Zum Verhältnis von Macht und Strategie nach dem Kalten Krieg (Aktuelle Materialien zur Internationalen Politik, Bd. 57), hg. von der Stiftung Wissenschaft und Politik, Ebenhausen, Baden-Baden 1999

(Nomos Verlagsgesellschaft), 117 S., 28.- DM.

Die Stiftung Ebenhausen, die sich neben der politikwissenschaftlichen Forschung auch der Politikberatung widmet, ist zwar für solide Arbeiten, nicht aber als Hort des kritisch-oppositionellen Geistes bekannt. Diese allgemeine Charakterisierung trifft auch überwiegend auf die knappe Studie von Klaus-Dieter Schwarz zu, die Macht nicht umfassend als die "Verfügungsgewalt über ökonomische, ideologische, militärische und politische Ressourcen" (Michael Mann) untersucht, sondern ihren klaren Akzent auf die Analyse von militärischer Macht und Strategie der einzig verbliebenen Weltmacht legt. Anders als etwa Paul Kennedy in seinem berühmten Werk *Aufstieg und Fall der großen Mächte* von 1987 blendet Schwarz die ökonomischen Grundlagen der Militärmacht weitgehend aus. Kennedys These, daß die militärisch weltweite Präsenz der USA einer "imperialen Überdehnung" der sich ökonomisch überfordernden Weltmacht gleichkame, hat offensichtlich in Zeiten einer unvermindert boomenden US-Ökonomie einstweilen ihre Aktualität verloren.

Die detaillierte Beschäftigung mit der Rolle militärischer Macht und mit Streitkräfteplanung mag zwar, wie Schwarz selbst zugibt, "streckenweise eine ziemlich trockene Angelegenheit" (7) sein. Sie rechtfertigt sich aber doch durch die Tatsache, daß die US-Politik weiterhin eine Präferenz für militärische Macht aufweist, durch die sie die internationale Ordnung gemäß ihren

Interessen zu gestalten versucht (37). Die Vorstellung, daß "shaping the international environment" durch militärische Macht möglich ist, wird von Schwarz durchgehend zurückgewiesen: "Militärische

Macht kann im wesentlichen nur verhindern, eine *vorteilhafte Umwelt*, den Status quo, erhalten und stabilisieren, nicht aber gestalten" (96, 7f.). Hinzu kommt, daß Schwarz zeigen kann, daß militärische Macht seit dem Kalten Krieg an Bedeutung und politischer Nützlichkeit verloren hat. Denn den neuen Arten der Bedrohung der nationalen Sicherheit – wie etwa durch "informativelle Kriegsführung" und durch kriminelle oder terroristische Gewalt gegen die zivile Basis eines Staates – kann traditionelle militärische Macht nur unzureichend begegnen. Aber auch die von den USA angestrebte Steigerung ihrer Militärmacht durch eine technologisch bedingte "Revolution in Military Affairs", die von einem Panoptikum aller Truppenbewegungen gekoppelt mit präziser Feuerkraft träumt, kann den zeitgenössischen Sicherheitsbedrohungen wenig entgegenzusetzen.

Das Fazit des Verfassers lautet: In Anbetracht der globalen (sicherheitspolitischen) Herausforderungen sind die USA zu wenig internationalistisch und büßen deutlich an Führungsfähigkeit ein. Die USA müßte ihren Führungsanspruch weniger durch militärische Mittel und mehr durch eine vorbeugende – Krisen und Konflikte verhindernde – Politik verfolgen. Deshalb wird es Zeit, daß Europa selbständiger wird und im Rahmen der NATO größere eigene sicherheitspolitische An-



strengungen unternimmt. Ist diesen Schlußfolgerungen auch grundsätzlich zuzustimmen, so ist eine der zentralen und argumentativ kaum untermauerten Prämissen von Schwarz zumindest fragwürdig: "Wohl dient es dem Frieden, wenn die USA jeden politischen Gegner militärisch dominieren können, aber auch "weiche" Macht in Form von wirtschaftlichen, technologischen, diplomatischen und kulturellen Instrumenten dient dem Frieden" (8, 96). Warum die militärische Dominanz der USA nicht notwendig dem Frieden dient, soll abschließend kurz anhand der aktuellsten und von Schwarz nicht berücksichtigbaren sicherheitspolitischen Entwicklungen begründet werden.

Am 12. März 1999 nimmt die NATO als Auftakt ihrer Erweiterung nach Osten in Independence (Missouri) Polen, Tschechien und Ungarn auf. Die Kritik Rußlands, daß es dadurch gedemütigt und zunehmend isoliert wird, und die NATO-Erweiterung nach Osten einen neuen Graben in Europa aufreißt, wird auch von manchen Sicherheitspolitikern im Westen als berechtigt angesehen. Vor diesem Hintergrund ist es nur zu verständlich, daß sowohl der am 24. März gegen Serbien begonnene Krieg als auch das auf dem NATO-Gipfel in Washington (23./24. April 99) verabschiedete neue strategische Konzept des Bündnisses das Mißtrauen Rußlands, aber auch anderer Staaten gegenüber dem Westen erhöht. Denn mit dem neuen strategischen Konzept ermächtigt sich die NATO, "Krisenreaktionseinsätze" auch ohne Mandat des UN-Sicherheitsrates in regionalen Konflikten

(Auflösung von Staaten, ethnische Rivalitäten, Menschenrechtsverletzungen) "an der Peripherie des Bündnisses" (out of area) durchzuführen. Die am 24. 4. 2000 von Putin unterzeichnete neue Militärdoktrin, in der sich Rußland im Falle eines Angriffs das Recht auf einen nuklearen Erstschlag einräumt, ist erklärtermaßen die Reaktion auf die neue Militärdoktrin der NATO. Hinzu kommt als weitere Bedrohung des Friedens der Plan der USA, ein nationales Raketenabwehrsystem NMD (National Missile Defense) in diesem Sommer zu verabschieden. Dieses Projekt würde nicht nur den 1972 mit der Sowjetunion geschlossenen ABM-Vertrag verletzen, sondern auch möglicherweise ein neues Wettrüsten in Gang setzen, an dem nicht nur Rußland, sondern auch China, Indien und Pakistan beteiligt sein könnten. Dem Argument der USA, daß das geplante System "höchstens einige Dutzend" Langstreckenraketen aus den sogenannten "Schurken-Staaten" abwehren könnte und deshalb das Gleichgewicht der Abschreckung nicht beeinträchtigen würde, wäre entgegenzuhalten, daß ein solches System – sollte es denn tatsächlich funktionieren – im Laufe der Zeit deutlich erweitert werden könnte. Allein die Antizipation dieser Möglichkeit von seiten der betroffenen Staaten und die denkbaren Konsequenzen sowie die Vergewärtigung der neuen Arten von Bedrohung der nationalen Sicherheit dürfte verdeutlichen, daß die These, daß die militärische Dominanz der USA dem Frieden dient, keineswegs unproblematisch ist.

*Manuel Knoll*

Cora Stephan

**Das Handwerk des Krieges**

Berlin 1998 (Rowohlt), Hardcover,  
317 S., 38.- DM.

“Warum Krieg? Und wie kam er in die Welt?”, fragt Cora Stephan zu Beginn ihres Bandes “Das Handwerk des Krieges”. Drei Hypothesen dienen der Autorin bei ihrer Antwortsuche als Leitfaden: 1. Krieg sei eine transkulturelle und transhistorische Universalie; 2. Er trüge typischerweise die Form eines “Männerbundes”; 3. Er weise Züge eines religiösen Aktes auf.

Der Versuch, diese Hypothesen im folgenden theoretisch und empirisch zu untermauern, darf als gescheitert betrachtet werden. Nicht, weil sie falsch wären, sondern weil die halbe Wahrheit dem “mauvais foi” näher steht als der “theoria” einer – negativen – Dialektik: Das Schweigen im Angesicht des Grauens (des Krieges) macht dieses nicht ungeschehen, sondern verfestigt es. Deshalb muß man das Leiden der Opfer besagen. Doch dazu, leider, kein Wort. Die Opfer des Krieges interessieren hier nicht, beziehungsweise: Alle sind gleich, alle sind Opfer. Der Krieg ist ein (sodomasochistisches) Opferritual, in welchem in der Gleichzeitigkeit von Aggression und Aufopferungsbereitschaft Gemeinschaft gestiftet wird. Aber wo alle derart zum Opfer geworden sind, verschwindet eben auch die Einzigartigkeit des Leidens. So kann man darüber hinweggehen. Was bleibt? – Die Gewalt der Gemeinschaft.

Der Krieg ist nach Stephan aber nicht nur ein Ritual, das – gewaltig und gewalttätig – Gemeinschaft stiftet; auch der Bestand jeder Gesellschaft erfordert den kriegerischen Akt: “Was die Gesellschaft zu zerreißern droht [nämlich die individuelle Aggression], wird ... nach außen gelenkt. Dieser Mechanismus bedeutet indes auch, daß das Drama immer wieder aufgeführt werden muß. Krieg wird zum Selbstläufer.” (49) Und er wird, in dieser Sichtweise, auch zum Dauerläufer: Der utopische Horizont ist verbaut. Wir haben uns an die Realität, die universelle Wahrheit des Krieges hinzugeben, und müssen unsere pazifistischen Ideale opfern. Eine fatalistische Haltung, die von der angeblichen Unausweichlichkeit, der (Natur-)Notwendigkeit des Krieges ausgeht. Krieg verliert so den Charakter eines historischen Phänomens, er wird hypostasiert: Gott gleich, so erscheint nunmehr das Opferritual des Krieges.

Aus dieser “theologischen” Perspektive ist es verständlich und berechtigt, daß Stephan, obwohl sie den Krieg organisatorisch als Männerbund beschreibt, die feministische “Testosteron-Hypothese” zurückweist, die den Krieg als bloße Entfesselung männlicher Triebenergien begreift. Vielmehr hebt sie darauf ab, daß die kriegerische Handlung Disziplin und Mäßigung erfordert. Das gilt nicht nur für den modernen Krieg (spätestens seit Foucault wissen wir, daß das aufklärerische System der Disziplinen eine wesentliche Stütze in der militärischen Ausbildung fand). Beides sind allgemeine Erfordernisse des Kriegs, und “insofern kann man sa-

gen, daß der Krieg seine Mäßigung in sich selbst trägt" (84).

Auch sozialdarwinistische und "Rational Choice"-Ansätze werden zurückgewiesen, indem der performativ-gemeinschaftsbildende Aspekt gegenüber der angeblichen evolutiven Auslesefunktion herausgestellt wird. Wo aber bleibt die Auseinandersetzung mit anderen, wichtigen theoretischen Konzepten? Denn obwohl Stephan beispielsweise häufig mit psychoanalytisch geprägten Begrifflichkeiten operiert, ignoriert sie die einschlägigen kulturkritischen Arbeiten Freuds weitgehend. Auch die aktuelle politikwissenschaftliche Krisen- und Friedensforschung findet kaum Eingang. Vor allem wenn man sich deren intensive Bemühungen um eine Definition für Kriegshandlungen vergegenwärtigt, fällt das diesbezügliche Defizit bei Stephan besonders auf: So wie sie den Krieg als etwas Selbstverständliches betrachtet, geht sie von der Selbstverständlichkeit des Begriffes aus.

Einzelnen und für sich genommen sind die historischen Beispiele, die Stephan zur Illustration ihrer Thesen heranzieht – und die den Großteil des Buchs ausmachen –, sicherlich der stärkste Part. Obwohl die Darstellung nicht immer in jedem Detail überzeugt, wird hier doch ein plastisches Bild vom "Handwerk des Kriegs" gezeichnet. Dies kann aber nicht darüber hinwegtäuschen, daß es ihr insgesamt nicht gelingt, ihre Grundthesen plausibel zu machen. Dies muß freilich schon an der historisch und räumlich sehr selektiven Auswahl scheitern: Stephans Beispiele sind der Krieg im antiken Griechenland,

das Rittertum, der Dreißigjährige Krieg und der Erste Weltkrieg. Vor allem die neueren Kriege und Kriege in anderen Weltregionen (die Feldzüge der Mongolen, der Zweite Weltkrieg, der Vietnamkrieg, UN-Friedensmissionen etc.) werden aus der Betrachtung ausgeklammert. Weil sie die Thesen der Autorin in Frage stellen würden?

*Anil K. Jain*

Burghard Wehner

### **Prämierung des Friedens.**

Alternativen zum "Humanitären" Krieg, Opladen/Wiesbaden (Westdeutscher Verlag), brosch., 130 S., 24.- DM.

Die NATO-Staaten haben zur Rechtfertigung des Kosovo-Kriegs die "westliche Wertegemeinschaft" bemüht. Wehner will zeigen, daß er vielmehr ein Beispiel für einen zivilisatorischen Rückfall ist. Dazu greift er den Anspruch auf, Menschenrechte einer ethnischen Minderheit zu schützen, ohne sich dabei durch völkerrechtliche Tabus wie die Ächtung des Angriffskriegs auf einen souveränen Staat und die Nichteinmischung in innere Angelegenheiten eines Staates behindern zu lassen. Zuerst erinnert er an den Sinn dieser Normen in der UN-Charta: Staatsgrenzen, die meistens mehr oder weniger zufällig bzw. willkürlich gezogen worden sind, waren oft Kriegsanaß; ihre Respektierung erschien daher als das kleinere Übel, auch wenn dabei innerstaatliche Repressionen in Kauf genommen wurden und noch werden (z. B. Kurdenproblem in der Tür-

kei). Außerdem weist der Autor bei der Untersuchung der Haltung Deutschlands zur Kriegsentscheidung auf eine weitere Position hin, die aufgegeben wurde: die Grundgesetz-Artikel, die als Lehre aus dem 2. Weltkrieg festlegten, daß von deutschen Boden nie wieder Krieg ausgehen dürfe. Diese Vorgaben wurden ignoriert, um den NATO-Partnern gegenüber Bündnistreue demonstrieren zu können. Bündnistreue aber ist gegenüber Verfassungstreue ein schwaches Argument, rügt Wehner.

Im weiteren untersucht er, wie konsequent eigentlich die NATO-Staaten für das Selbstbestimmungsrecht der Völker im ehemaligen Jugoslawien eingetreten sind. So seien bei der Anerkennung der Separationsbestrebungen Kroatiens die Interessen der serbischen Minderheit schlicht ignoriert worden, die wegen befürchteter Diskriminierung durch die Mehrheits-Ethnie gegen eine Abspaltung der früheren Teilrepublik war und schließlich im Zuge der ethnischen Säuberung vertrieben wurde. Danach arbeiteten westliche Politiker in Bosnien-Herzegowina daran, ein Modell multiethnischen Zusammenlebens durchzusetzen, vor dem sie ihre eigenen Staaten allerdings durch Einwanderungspolitik, Assimilierungsdruck und praktizierte Diskriminierung abzuschotten versuchen. Im Kosovo schließlich wollte man lange Zeit aus Angst vor einem Domino-Effekt in anderen Balkanstaaten den Status quo der staatlichen Integrität aufrechterhalten. Die Politik des Westens, so Wehner, vermittelte nicht den Eindruck, eine neue Konzeption zur besseren Respektierung

der Menschenrechte in die Tat umzusetzen; sie hinterließ vielmehr ein Bild von willkürlichen Entscheidungen und Versäumnissen. Als die NATO sich schließlich zum Krieg entschloß, so sei dies nicht aus moralischen Erwägungen geschehen, sondern um nach den vorangegangenen militärischen Drohungen nicht das Gesicht zu verlieren. Wehner illustriert diese Analyse mit Zitaten des früheren Außenministers Klaus Kinkel ("Wer den Mund spitzt, muß auch pfeifen"). Damit wurde der zivilisatorische Fortschritt, der darin bestand, Krieg nur als ultima ratio zuzulassen, aufgegeben, Tabus zur Eindämmung von Kriegsanklässen gebrochen. Das erklärte Ziel, für Rechte aller Menschen zu kämpfen, verhöhnnte die NATO durch die Art der Kriegsführung, die darauf angelegt war, Todesopfer unter den eigenen Soldaten zu vermeiden, zugleich aber mehr Todesopfer unter den Serben und Albanern als "Kollateralschäden" hinzunehmen. Hier sieht der Autor die Verhältnismäßigkeit von Anspruch und eingesetzten Mitteln nicht gegeben. Unter Berücksichtigung der Vorgeschichte des Krieges und der Kriegspraxis sei dessen moralische Rechtfertigung zu bezweifeln, schlußfolgert er.

Als Lehre aus dem Versagen der Politik beim Zerfall Jugoslawiens plädiert Wehner für ein verstärktes Augenmerk auf friedliche Mittel zur Lösung von Konflikten. Dabei setzt er auf eine List der Vernunft, die der Tatsache Rechnung trägt, daß ökonomische Argumente auf Politikerseite immer ein offenes Ohr finden. Er versucht Strickmuster von Wirtschafts-Institutionen zur Siche-

rung des Geldwertes auf die Friedenssicherung zu übertragen: So diskutiert er in Anlehnung an die Bundesbank und ihre Rolle in der Inflationsbekämpfung die Schaffung einer Institution, deren Aufgabe die nachhaltige Friedenssicherung wäre. Einen weiteren möglichen Ansatz zur Konfliktbewältigung ohne Krieg sieht er in einer Art von Bürgergeld, das von internationalen Institutionen direkt an die Bevölkerung gezahlt werden könnte, als Belohnung dafür, Vorschläge für ein multiethnisches Zusammenleben und daraus resultierende Nachteile zu akzeptieren. Spielraum für diese Art von Friedensdividende ergäbe sich aus den vermiedenen Kosten für die Kriegsführung.

Der Autor trägt einige sehr interessante Gedanken vor, die leider nicht systematisch und stringent entwickelt werden. Zwischen diesen Highlights gibt es jedoch etliche redundante, um nicht zu sagen, "tümelnde" Passagen, die das Durchhaltevermögen der Leser strapazieren.

*Jadwiga Adamiak*

Andrzej Ziolkowski

**Die NATO – Instrument der US-Politik in Europa**, Münster 1999 (Agenda-Verlag), 169 S., 29.80 DM.

Es gibt Bücher, die stellen im wahrsten Sinne des Wortes ein Ärgernis dar: sie versprechen viel, halten wenig und führen ihre LeserInnen mit falschen Absichtserklärungen in die Irre; sie blasen auf, wo Konzentration, (Selbst-

)Bescheidung und Disziplin Not täten; sie kleiden in ein unsägliches Kauderwelsch, was sich mit wenig Mühe auch einfacher hätte sagen lassen, und sie verschwenden Zeit, Lesenszeit, Lebenszeit. Zu dieser Gattung zählt – leider – auch das hier anzuzeigende Buch von Andrzej Ziolkowski.

Bereits der Titel bereitet Unbehagen. Man vermisst – das Fragezeichen. Unwillkürlich drängt sich der Eindruck auf, als sei vorab schon festgestanden, was durch die Untersuchung doch erst zu leisten, nämlich nachzuweisen gewesen wäre: die Instrumentalisierung des transatlantischen Militärbündnisses durch die Vereinigten Staaten für ihre spezifischen wirtschafts-, außen- und sicherheitspolitischen Interessen. Freilich, ein solcher Verdacht liegt nahe, läßt man die Geschichte der NATO seit ihrer Gründung im Jahr 1949 Revue passieren. Von einer gleichberechtigten Partnerschaft – darin ist dem Autor zuzustimmen – konnte damals und kann auch heute nicht die Rede sein. Die Krisen und internen Spannungen sind Legion. Am deutlichsten markiert der am 1. April 1967 erfolgte Austritt Frankreichs aus der westlichen "Verteidigungs- und Wertegemeinschaft" Brisanz und Tiefe der amerikanisch-europäischen Gegensätze innerhalb der Allianz, die sich nicht nur in unterschiedlichen Partizipations- und Strategievorstellungen, sondern auch in abweichenden Funktionsbestimmungen seitens der einzelnen Bündnismitglieder niederschlugen. Die Geschichte dieser Spannungen nach- und mögliche (gesamteuropäische) Perspektiven aufzuzeichnen, zumal in Anbetracht der neuen

Herausforderungen (Stichwort: Humanitärer Interventionen), vor der nicht nur die NATO-Mitgliedsländer nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion und dem Ende des Kalten Krieges stehen, wäre eine lohnenswerte Aufgabe gewesen. Allerdings hätte dies bedeutet, auf einseitige "Schuldzuweisungen" zugunsten einer sorgfältigen Detailanalyse zu verzichten.

Doch gerade daran – am unvoreingenommenen Blick auf den Gegenstand – mangelt es dieser Arbeit. So steht von Anfang an fest, wer die Bösen sind, die US-Amerikaner nämlich, die ihre militärische und politische Vormachtstellung nach dem Zweiten Weltkrieg für die Durchsetzung ihrer schnöden macht- bzw. wirtschaftspolitischen Interessen mißbrauchten – und von diesem erfolgreichen, aus europäischer Sicht gleichwohl inakzeptablen Konzept auch nach dem Zerfall der großen Militärböcke als einzige noch übrig gebliebene Weltmacht verständlicherweise nicht abrücken. In drei Kapiteln (*Die militärische Dimension; Die wirtschaftliche Dimension; Die politische Dimension*) wird diese These vom Verfasser entfaltet, ohne der Untersuchung allerdings wirklich als erkenntnisleitende Zielfrage zu dienen. Statt sich auf das Thema zu konzentrieren und am empirischen Material (Quellen, Dokumente etc.) die – durchaus einleuchtende – These der amerikanischen Hegemonie zu plausibilisieren, läßt sich der Autor zu einer sekundärliterarischen tour d'horizon verführen, die ihren eigentlichen Gegenstand immer wieder aus dem Blick verliert. Aktuelle Bedrohungsszenarien und künftige Sicherheitsper-

spektiven werden dabei ebensowenig ausgespart wie der japanische Faktor, moderne Technologien, das postkoloniale Erbe und Österreichs Rolle in Europa – und das alles auf 137 Seiten! Der in der Einleitung angekündigten "*Hauptaufgabe dieses Buches ... die Forschungsergebnisse über praktische Aspekte der europäisch-amerikanischen Beziehungen innerhalb der NATO darzulegen*" (10), hat sich der Verfasser jedenfalls mehr oder minder elegant entzogen. Das Resultat kann verständlicherweise nicht befriedigen, zumal es – angesichts der Quellenlage unverständlich – häufig in Form unausgewiesener, weil wohl allzu selbstverständlicher Behauptungen daherkommt. Zu den Unzulänglichkeiten der Untersuchungen gehören nicht zuletzt die eklatanten sprachlichen Defizite ("heroischer Kampf der Alliierten" (19), "politische Konstellation der antikommunistischen Kampfgenossen" (ebd.)), die die an sich schon unerfreuliche Lektüre nicht nur zu einer wahren Stülblütensammlung, sondern geradezu zu einer Zumutung werden lassen. Wie so oft, so vermißt man auch in diesem Fall die ordnende Hand eines Lektors, die den Autor – neben der kumulativen Verwendung von Begriffen wie "Weltarena" und "Weltarchitektur" – vielleicht auch vor Peinlichkeiten wie den folgenden hätte bewahren können, denen sich weitere hinzufügen ließen: "Nach der offiziellen Verkündung des militärischen Bedrohungsgefühls (*sic!*) wurde am 4. April 1949 in Washington seitens der Westens die NATO ... gegründet" (30). "Inzwischen arbeitet man aktiv daran, die militärische Bedrohung in Europa zu unterdrücken (*sic!*)" (41).

“Selbst Rußland und die Osteuropäer haben begonnen, dafür zu plädieren, daß wir Lösungen finden müssen, die transparenter machen, daß Gewaltanwendung künftig keine Aussicht auf territorialen Gewinn hat, und sie scheuen sogar grundsätzlich nicht mehr vor der Anwendung militärischer Mittel zu diesem Zweck zurück” (49). Sätze wie dieser – soviel dürfte feststehen – tragen weder zur Transparenz bei, noch stellen sie einen Beitrag dar zu jener Diskussion der europäischen “Sicherheitsarchitektur” im 21. Jahrhundert, die vom Autor mit Blick auf die unterschiedlichen europäischen und amerikanischen Sicherheitsinteressen zurecht als überfällig angemahnt wird. Eine solche Diskussion müßte die unterschiedliche Einschätzung der Sicherheitsrisiken thematisieren, eine grundsätzliche Neubewertung der transatlantischen Partnerschaft, vor allem auch auf dem Hintergrund der NATO-Osterweiterung und ihrer

Probleme, vornehmen, die politischen und militärischen Strategien auf den Prüfstand stellen (siehe hierzu den an die Adresse der NATO-Mitgliedstaaten gerichteten Vorschlag des deutschen Außenministers Joschka Fischer, auf den Ersteinsatz von Atomwaffen zu verzichten, oder die ebenfalls von Deutschland initiierte Friedensinitiative im Frühjahr 1999) und neue Wege der zivilen Konfliktprävention erkunden. Eines scheint jetzt schon sicher: Wenn es der EU wie geplant gelingt, eine abgestimmte – und eben nicht einseitig militärpolitisch definierte – Außenpolitik zu entwickeln, die auch die Interessen der Nicht-EU-Staaten berücksichtigt, bedeutet dies langfristig nicht nur eine Schmälerung der amerikanischen Dominanz in Sicherheitsfragen, sondern auch einen Stabilitätsgewinn in Europa.

*Bernd Mayerhofer*

